Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann, Kirchplatz Nr 3. Mitredakteur: R. Hahn.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr. Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 28. Abendblatt. Montag, den 18. Januar 1869.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

Vierunddreißigste Sitzung vom 16. Januar.

Präsident v. Forckenbeck eröffnete die Sitzung um 12½ Uhr.

Am Ministertische: v. Selchow, v. d. Heydt und mehrere Regierungs-Kommissare.

Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten. Erster Gegenstand derselben ist der mündliche Bericht der Budget-Kommission über den Gesetzentwurf, betr. die Uebernahme der auf den Erträgnissen des Staats aus dem Köln-Mindener-Eisenbahn-Unternehmen lastenden Verpflichtungen zur Gewährung von Zinszuschüssen und Amortisationsbeträgen auf die allgemeinen Staatsfonds.

Berichterstatter ist der Abg. Hammacher. Derselbe berichtet über die Verhandlungen der Kommission, über welche wir vor einigen Tagen ausführliche Mittheilung gemacht haben. Die Kommission hat bekanntlich, nach längerer Diskussion über die Frage, ob die Staatsregierung zur nachträglichen Vorlegung des mit der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrages verpflichtet sei, sich mit der Kenntnißnahme desselben, wie er in Abschrift vom Finanzminister vorgelegt wurde, begnügt und dem Gesetz-Entwurfe ihre Zustimmung ertheilt, unter Hinzufügung eines neuen §. 2, mit dem die Staatsregierung sich einverstanden erklärte, dahin lautend: „hinsichtlich des hier anliegenden Vertrages vom 10. August 1865 wird hiermit gleichzeitig der Staatsregierung Entlastung ertheilt.“ In Folge dessen ist der Antrag des Abg. Lasker wegen Deckung des Defizits aus den Beständen der Verhandlung zurückgezogen. — Der Referent empfiehlt die Annahme des Gesetz Entwurfes mit diesem Zusatze als ein Kompromiß zwischen der Staatsregierung und dem Hause und zwar als ein gutes für alle Parteien des Hauses im Interesse des Friedens und des Wohles des Landes.

Finanzminister v. d. Heydt: Ich kann Namens der Regierung die Annahme der Beschlüsse der Budget-Kommission empfehlen. Es gereicht der Regierung zur Genugthuung, die Meinungsverschiedenheit zwischen mir und dem Hause dadurch erledigt zu sehen. Das Haus hatte in der vorigen Session die Regierung aufgefordert, den Vertrag zur nachträglichen Genehmigung vorzulegen. Die Regierung hatte in reifliche Erwägung gezogen, ob sie in der Lage sei, diesem Beschlusse nachzukommen, sie hat sich aber in der Unmöglichkeit befunden, in dieser Weise die Sache zu erledigen, aus den Gründen, welche ich in der Kommission vorgetragen habe. Die Regierung war immer von dem Wunsche beseelt, die Angelegenheit erledigt zu sehen, sie glaubte aber verweisen zu müssen auf die außerordentlichen Umstände, welche es der Regierung unmöglich machten, damals den Vertrag vorzulegen, und andererseits war sie der Ueberzeugung, daß durch die Indemnität der Vertrag die Anerkennung des Hauses erhalten. Man fand schließlich in der Kommission den Weg der Ausgleichung in dem Antrage der Kommission, indem anerkannt wurde, daß die Regierung nicht in der Lage sei, die Rechtsbeständigkeit des Vertrages anzweifeln zu lassen. Ich enthalte mich auf die Rechtsfrage einzugehen, weil es sich nur darum handelt, den Weg der Verständigung zu finden. Wird dieser Weg von allen Seiten betreten, nur dann können die Verhandlungen zum Segen des Landes gereichen. (Beifall.)

Abg. Virchow erklärt, daß er nicht die Absicht habe, den Frieden zu stören, da auch er für den Kommissions-Antrag stimmen werde. Er glaubt nur, daß die Regierung zur Vorlegung des Vertrages verpflichtet gewesen wäre.

Abg. v. Diest verwahrt sich dagegen, daß die von dem Finanzminister hervorgehobene Genugthuung von allen Seiten des Hauses gefühlt werde.

Abg. Heise bestreitet, daß die Regierung verpflichtet gewesen wäre, diesen Vertrag dem Hause vorzulegen. (Oho!) Er werde für den §. 2 stimmen, verwahre sich aber dagegen, daß aus dieser Abstimmung irgend welche Konsequenzen gezogen werden könnten.

Abg. Lasker: Unsere Absicht ist es gewesen, die Konflikte aus der alten Zeit wegzuschaffen, wir haben keine Freude daran. Beliebt es Ihnen (nach rechts) sie aufzubewahren, so geben Sie Ihr Votum dafür ab. Wird der §. 2 angenommen, so wird keine Rede die Folge hinwegwischen können, welche sich aus dem Wortlaut ergiebt.

Die Diskussion wird geschlossen. Der Gesetz-Entwurf wird nach dem Vorschlag der Kommission fast einstimmig angenommen. (Dagegen nur Dr. Johann Jacobi.)

Nachdem noch das zurückgestellte Kapitel 11 der Allgemeinen Kassen-Verwaltung erledigt ist, wird zur Berathung des Etatsgesetzes selbst geschritten. Dasselbe lautet:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtags der Monarchie, was folgt: §. 1. Der diesem Gesetze als Anlage beigefügte Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1869 wird in Einnahme auf 167,536,494 Thlr. und in Ausgabe auf 167,536,494 Thlr., nämlich auf 162,050,057 Thlr. an fortdauernden und auf 5,486,437 Thlr an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben festgestellt. §. 2. Im Jahre 1869 können nach Anordnung des Finanzministers verzinsliche Schatzanweisungen, längstens auf ein Jahr lautend, im Betrage von 13 Millionen Thalern ausgegeben werden. Die auf Grund der Gesetze vom 24. Februar 1868 (Gesetz-Sammlung Seite 93) und vom 3. März 1868 (Gesetz-Sammlung Seite 174) im Jahre 1868 ausgegebenen Schatzanweisungen von gleichem Betrage sind bei eintretender Fälligkeit einzulösen. §. 3. Auf die neu auszugebenden Schatzanweisungen finden die Bestimmungen in den §§. 4 und 6 des Gesetzes vom 28. September 1866 (Gesetz-Sammlung Seite 607) Anwendung. §. 4. Die bis zur gesetzlichen Feststellung des Staatshaushalts-Etats (§. 1) innerhalb der Grenzen desselben geleisteten Ausgaben werden hiermit nachträglich genehmigt. §. 5. Der Finanzminister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel. Gegeben 2c.

Abg. Dr. Joh. Jacoby: Meine Herren! Es ist meine Absicht nicht, die letzten Stunden Ihrer Etatsberathung zu verlängern. Ich will nur meine Abstimmung begründen. Wie in der vorigen Session, so werde ich auch diesmal von dem mir als Abgeordneten zustehenden Rechte der Verwerfung des Etats Gebrauch machen, und zwar aus dem Grunde, weil ich das System und die ganze Politik des gegenwärtigen Ministeriums für eben so verwerflich, wie verderblich erachte (oho!) In unserem inneren Staatsleben herrscht unverändert nach wie vor das einem selbstbewußten Volke unwürdige System bureaukratischer Bevormundung. Meine Herren! Die eben beendete Etatsberathung hat dafür ausreichenden Beweis geliefert. Nach den Reden, die wir in dieser Session vom Ministertische aus gehört haben, nach den Vorgängen, die wir in und außer dem Hause erlebt haben, wer wird da noch von diesen Ministern eine freiheitliche Entwickelung unseres Staates erwarten? Und wie das Regierungs-System im Innern, so widerstreitet auch die auswärtige Politik den Grundsätzen der Freiheit und Gerechtigkeit. Mit jedem Tage stellt es sich klarer heraus, für jeden der sehen will, daß Großmacht-Politik und Völkerfrieden unvereinbare Gegensätze sind, daß die gewaltsame Erweiterung der preußischen Landesgrenzen und die damit verbundene Stärkung der Königlichen dynastischen Hausmacht nicht das geeignete Mittel ist, die Freiheit des deutschen Vaterlandes herzustellen. Ich weiß wohl, daß ich mit dieser Auffassung hier ziemlich vereinzelt dastehe. (Ruf rechts: ja wohl!) Das kann mich aber nicht abhalten, meine Ueberzeugung hier immer und immer wieder auszusprechen. Sie, meine Herren, haben nach den großen Erfolgen von 1866 und heute aufs Neue den Ministern Indemnität ertheilt für ein Jahre langes fortgesetztes, verfassungswidriges Verhalten. Ich werde jedoch bleiben bei dem Spruch: adversus hasta aeterna autoritas esto. Gegen den Feind der Freiheit erlischt des Volkes Rechtsanspruch nie. Wie früher, so werde ich auch heute gegen den Etat stimmen.

Finanzminister v. d. Heydt: Da der Vorredner gesagt hat, daß er mit seiner Ansicht allein stehe, so wird eine Antwort von dieser Stelle nicht erwartet werden. (Beifall rechts.)

Die §§. 1—3 des Etatsgesetzes werden genehmigt. Zu §. 4 (Indemnität für die bisher geleisteten Ausgaben) weist Abg. Twesten abermals darauf hin, daß man aus dem gesetzwidrigen Zustande nicht herauskomme. Das Etatsgesetz sei wiederum zu Anfang des Etatsjahres nicht erledigt. Die Regierung müsse entweder das Haus früher zusammenberufen oder das Etatsjahr verlegen.

Finanzminister v. d. Heydt: Die Verfassung bestimmt nur, daß vor Beginn des Etatsjahres das Budget festgestellt werden solle, und daraus folge, daß die Regierung den Etat so zeitig vorlegen müsse, daß gegründete Aussicht vorhanden sei, den Etat zu Stande zu bringen. In dieser Lage habe sich die Königliche Staatsregierung befunden, und es sei beim besten Willen doch nicht zu übersehen, wie viele Zeit die Etatsberathungen in Anspruch nehmen würden. (Sehr richtig.) Die Regierung habe selbst das größte Interesse, den Etat rechtzeitig erledigt zu sehen. Die Behauptung, daß der gegenwärtige Zustand ein ungesetzlicher sei, müsse er entschieden zurückweisen, er sei nur ein nicht befriedigender.

Abg. Simon v. Zastrow stimmt dem Finanzminister zu. Nach der Verfassung dürfe der Landtag nicht vor dem November einberufen werden. (Oho! Gelächter). Der Etat wäre fertig geworden, wenn nicht eine Menge Reden gehalten wären, die mit dem Etat in keinem Zusammenhang ständen.

Abg. v. Patow theilt die Ansicht Twestens, erachtet den Zustand für keinen befriedigenden, erklärt sich aber gegen die Vertagung des Etatsjahres.

Abg. Graf Bethusy-Huc erklärt sich dafür.

Abg. Lasker fordert die Regierung auf, die Gründe anzugeben, weshalb die Vertagung des Etatsjahres unmöglich sei.

Finanzminister v. d. Heydt: Ueber diese Frage haben Verhandlungen stattgefunden, es hat sich jedoch herausgestellt, daß die Verlegung des Etatsjahres nicht nur mit großen Schwierigkeiten, sondern auch mit großen Nachtheilen verbunden ist.

Abg. Graf zu Eulenburg: Nicht an die Regierung allein, sondern auch an das Haus müsse man die Forderung stellen, die Verfassungsbestimmung zu erfüllen. Das Haus trage aber nicht immer genügend dazu bei.

Abg. v. Hoverbeck: Pflicht der Regierung wäre es gewesen, schon vor Weihnachten, als die Ueberzeugung feststand, daß der Etat nicht erledigt werden würde, die Indemnität nachzusuchen.

Die Diskussion wird geschlossen. §. 4 wird angenommen, ebenso §. 5. Der Gesetz-Entwurf im Ganzen wird darauf mit allen gegen 2 Stimmen (J. Jacobi und Krebs) angenommen.

Es folgen Petitionsberathungen.

Die Petitionen wegen Beibehaltung der Lotterien, über welche wir bei Gelegenheit ihrer Berathung in der Budget-Kommission berichtet haben, werden dem Antrage der Budget-Kommission gemäß durch Tagesordnung erledigt. — Die Petitionen wegen Erlaß eines Pensionsgesetzes werden ebenfalls durch Tagesordnung beseitigt, mit Rücksicht auf die bevorstehende Vorlegung eines solchen Gesetzes beim Reichstage. — Die Petitionen wegen Erhöhung der Gehälter der Subalternbeamten aus Königsberg werden, von den Abgg. Kosch und Schröder befürwortet, der Regierung überwiesen.

Schluß der Sitzung: 3¾ Uhr. — Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr. Tagesordnung: Neun verschiedene kleinere Gegenstände, darunter Antrag Wölfel wegen Aufhebung der Eheverbote zwischen Adligen und Bürgerlichen.

Deutschland.

□ **Berlin**, 17. Januar. Den Wünschen des deutschen Handelsstandes und den in Mexiko ansässigen Landesangehörigen entsprechend ist von Seiten des norddeutschen Bundes die Errichtung eines General-Konsulats in Mexiko in Aussicht genommen. Für das Jahr 1870 sind die dafür erforderlichen Geldmittel bereits in den Etat aufgenommen worden und 11,400 Thlr. Diensteinkommen für den General-Konsul (wovon 3000 Thlr. persönliches Gehalt und 8400 Thlr. Lokalzulage) und 1500 Thlr. für einen Sekretär. Der Bundeskanzler hat es nun für wünschenswerth erachtet, diese Geldmittel bereits für das Jahr 1869 flüssig zu machen mit dem Hinweis darauf, daß dadurch möglicherweise der Abschluß eines Handelsvertrags zwischen dem norddeutschen Bunde und Mexiko gefördert werde. Der Bundeskanzler hat daher an den Bundesrath den Antrag gerichtet, zu genehmigen, daß in Mexiko ein General-Konsulat errichtet und die erforderlichen Mittel für das Jahr 1869 flüssig gemacht werden. — Von Seiten des Landtages ist der Antrag gemacht worden, künftighin den Etat der Einnahmen der einzelnen Staatseisenbahnen in den verschiedenen 12 Monaten ersichtlich zu machen. Die Staatsregierung hat diesem Antrage zugestimmt und in Folge davon die K. Eisenbahn-Direktionen veranlaßt, alljährlich bis zum 1. September eine Uebersicht über die Einnahmen auf ihren Bahnen vom 1. Juli des voraufgegangenen bis 1. Juli des laufenden Jahres einzureichen. — Obschon durch die Postverträge mit Süddeutschland und Oesterreich die Vornahme statistischer Ermittelungen über den Postverkehr bestimmt ist, so sind doch außerdem von den Postbehörden des norddeutschen Bundes besondere statistische Mittheilungen über den innern Postverkehr eingefordert worden für das vergangene Jahr. Dieselben sind bereits eingegangen und wird jetzt an die Zusammenstellung des reichen Materials gearbeitet, welches sich auch auf die Statistik der bei dem Postbetrieb thätigen Personen und die verwendeten Postbeförderungsmittel, als Pferde, Wagen u. s. w. bezieht. Die Arbeit dürfte noch im Laufe dieses Monats beendigt werden. — Um dem landwirthschaftlichen Museum einen noch größeren praktischen Werth zu geben, sollen nach und nach auch die dort aufgestellten landwirthschaftlichen Geräthe einer Prüfung unterworfen werden und dem landwirthschaftlichen Publikum auch Mittheilungen über die Vortheile gemacht worden, welche sie darbieten. Namentlich hat dieses Verfahren eine große Bedeutung, wenn eine vergleichende Prüfung zwischen Maschinen und Geräthen gleichen Zweckes vorgenommen werden kann. Dies ist mit den Getreide-Reinigungs- und Sortirungs-Maschinen bereits geschehen, mit welchen das Königliche Proviant-Amt in Berlin Versuche angestellt hat. Es sind 5 solche Maschinen eingehend geprüft und Bericht über die erzielten Erfolge erstattet worden.

Berlin, 17. Januar. Se. Majestät der König beehrte am Freitag Abends zunächst die Vorstellungen im Schauspielhause mit einem Besuch und erschien alsdann in der Oper. Gestern Vormittags hatte der König wiederholt mit dem General-Feldmarschall Unterredungen in Ordensangelegenheiten, empfing den aus dem Jahdebusen zurückgekehrten Vice-Admiral Jachmann zur Berichterstattung, sowie den Kapitän zur See Weckhmann, welcher als Bundes-Kommissar zur Beaufsichtigung des Auswanderungswesens in Hamburg und Bremen kommandirt und auf der Reise dorthin begriffen ist. Hierauf folgten die Verträge der Chefs des Civil- und Militär-Kabinetes, des Geh. Hofrathes Bork, und um 3 Uhr arbeitete der König über eine Stunde mit dem Minister-Präsidenten Grafen Bismarck. Um 5 Uhr wohnten der König und die Königin im wissenschaftlichen Verein in der Singakademie dem Vortrage des Prof. Spörer aus Anklam: „Die Reise zur Sonnenfinsterniß“ bei und erschienen später, nach dem Besuch in der französischen Theatervorstellung, auf dem Ballfest im kronprinzlichen Palais.

— In höheren Kreisen war gestern von einem Kapitel des Schwarzen Adler-Ordens die Rede, das am Montage in herkömmlicher Weise im Schlosse abgehalten werden soll. Wahrscheinlich wird dasselbe zu dem Zweck abgehalten, um den Prinzen von Wales mit der Kette zum Schwarzen Adler-Orden zu dekoriren.

— (Zdl. C.) Man schreibt uns aus Paris: „Die Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen sind vortrefflich. Die Haltung und die Sprache der Regierungs-Presse spiegelt diese glückliche Sachlage deutlich wieder. Sie behauptet u. A., daß die Welt an die Dauerhaftigkeit des Friedens erst dann glauben könne, nachdem der Prager Frieden die Sanktion Europas erhalten haben wird. Sie beruft sich dabei auf den Pariser Kongreß 1856. Der Unverstand ist großartig. Der Pariser Kongreß hatte keinen Frieden zu sanktioniren, er hatte ihn zu schaffen und abzuschließen und wenn alle großen Mächte in demselben vertreten waren, so hatte dies keinen anderen Grund, als weil alle jene Mächte mit Ausnahme Preußens — das aber auch erst nachträglich eingeladen wurde — sich an dem Kriege betheiligt hatten. Auch wüßten wir nicht, daß die aus dem italienischen Kriege hervorgegangene Situation hinterher sanktionirt worden wäre. Die offizielle und diplomatische Anerkennung einer neuen Ordnung der Dinge genügt vollkommen. Wenn daher die „France“ — wohl im Auftrage der Kriegslustigen — auf die Nothwendigkeit eines Kongresses behufs „Sanktionirung“ des Prager Friedens hinweist, so geschieht es nur in der Hoffnung neuer Komplikationen.“

— Wir können es unsererseits nur bestätigen, daß es nicht gelungen ist, eine Verständigung mit den liberalen Abgeordneten Kurhessens in Betreff des Konsistoriums zu Marburg herbeizuführen. Doch befinden wir uns kaum in der Lage, das Resultat zu bedauern, da eine solche Verständigung nach unserer Auffassung eine bedenkliche prinzipielle Konzession enthalten haben würde. Unzweifelhaft gehört es zu den Prärogationen der Krone, schon in Betreff der staatlichen Behörden über Domicil, Zusammensetzung und Formation zu entscheiden und der Landes-Vertretung ist nur in sofern eine Betheiligung beigelegt, als es sich um die Feststellung der Kompetenz der Behörden handelt. In noch höherem Grade gilt dies natürlich von den kirchlichen Behörden, in Betreff deren, soweit es sich nicht um die sachliche Grenz-Regulirung handelt, der politischen Landes-Vertretung eine Kompetenz irgend welcher Art überhaupt nicht zusteht. Wir können deshalb auch unsererseits den Wunsch nicht unterdrücken, zur Vermeidung bei der Wiederholung gewisser Scenen bei der Berathung des diesjährigen Etats des Kultus-Ministeriums baldmöglichst das nöthige Grenzregulirungs-Gesetz zwischen Staat und Kirche zur Vorlage zu bringen.

Danzig, 16. Januar. Bei der heutigen Wahl eines Abgeordneten zum Landtage wurde gewählt der Rittergutsbesitzer Thomsen-Jeseritz (liberal) mit 257 Stimmen. Der Gegenkandidat, Oberregierungsrath v. Auerswald, erhielt 196 Stimmen.

Königsberg i. P., 16. Januar. Das frische Haff ist mit Eis bedeckt und die Schifffahrt daher zum zweiten Male geschlossen.

Tilsit, 16. Januar. Der Memelstrom treibt Grundeis, der Trajekt ist hier gestört. — Der Gilgestrom hat eine feste Eisdecke.

△ **Von der Elbe**, im Januar. Die ganze Schaar der Feinde jener Politik, die nach den großen Thaten des Jahres 1866 die Einigung Deutschlands zu schaffen sich bestrebt hat, und ihre Annexionen so lange fortsetzen wird und muß, bis sie selbst annektirt wird und nur noch ein großer deutscher Gesammtbund unter Führung der größten deutschen Macht vorhanden ist, wird sich in der erfreulichsten Weise getäuscht sehen, wenn sie entdeckt, daß ihre Arbeit vergeblich sich abmüht, den Frieden in diesem Jahre zu stören. Nirgendwo zeigt sich in Frankreich die Neigung, mit Preußen anzubinden; Süddeutschland nähert sich in mehr al

einer praktischen Richtung dem norddeutschen Bunde, die Geschäftigkeit des österreichischen Reichskanzlers, irgendwo einen Wirrwarr anzuzetteln, mißräth. Wenn der Krieg wirklich ein so verderblicher Zustand ist, wie ihn die Volkspartei schildert, wenn er in der That so sehr der Moral entgegensteht, wie die legitimistischen Orthodoxen predigen, so ist es gewiß erfreulich, daß Preußen alles aufbietet, den Frieden in Europa zu erhalten. Allein die eben bezeichneten Parteien sind darob sehr entrüstet, die Friedenspfeifer empfehlen doch die Kriegstrompete, weil sie den Vernichtungskrieg gegen Preußen wünschen und ihn theils von Paris, theils von Wien erhoffen. Es gelingt ihnen freilich nicht, diesen vaterlandsverrätherischen Plänen Erfolg zu verschaffen, wer nur ehrlich darüber nachdenkt, verwünscht solche Frevelgedanken, doch es ist immerhin gut, daß sie sich laut aussprechen, und zwar in den Organen der verschiedenartigsten Parteien. Das Toben dieser Heiden ist um so ergötzlicher, als doch kein denkender Mensch annehmen kann, mit der Vernichtung Preußens wäre nicht Deutschland selbst zu Grunde gerichtet, die zerschlagene preußische Armee und Flotte wäre nicht Deutschlands Unterjochung, und endlich, die preußische Nation werde nicht ihren letzten Groschen hergeben, ehe sie sich fremdherrlicher Macht auch nur einen Augenblick füge. Die Wirklichkeit ist die, daß kein Deutscher von Ehre die Hoffnung auf den Untergang Preußens vollends durch auswärtige Gewaltmacht hegen kann. Diese Schlechtigkeit ist so groß, daß sie sich selbst die Grube graben muß; sie ist mehr als Hochverrath oder Landesverrath, sie ist die tiefste sittliche Verworfenheit. Sie macht sich allerdings breit in republikanischen, wie in orthodoxen Blättern; sie ist verkündet von den Anhängern der Welfenlegion, allein wer macht sich nicht alles breit auf der offenen Straße? Die sich ihr Brod erwerben durch Verführung der Jugend, sind sie schlechter als die Schreiber, die für baares Geld ihr Vaterland verrathen wollen? Freiheit predigten die Lügner, die uns unter das Joch des Auslandes bringen möchten? Nicht lange und Deutschland wendet sich mit Abscheu von ihnen ab. Nur eine Sache gewinnt dabei: die Sache der deutschen Einigung unter preußischer Leitung, die eine so lautere ist, daß der Unrath der Lüge und Gemeinheit ihr keinen Abbruch thun kann. Der deutsche Herkules wird diesen Schlangen bald die Köpfe abbrennen, je früher, desto besser.

Hamburg, 16. Januar. Der Prinz und die Prinzessin von Wales sind soeben hier eingetroffen und im Viktoria-Hotel abgestiegen. Die Weiterreise nach Berlin wird morgen früh stattfinden.

Ausland.

Wien, 16. Januar. Die „Wiener Abendpost" sagt: Wir verzichten um des Friedens willen auf die Absicht, nach Abschluß der Angriffsartikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zur objektiven Richtigstellung der Thatsachen zu schreiten. Die Regierung ist sich vollständig ihrer Pflicht bewußt, der verfassungsmäßigen Vertretung über ihre Politik Rechenschaft abzulegen, wenn dieselbe verlangt wird.

Pesth, 17. Januar. Der König und die Königin werden im Anfang Februar erwartet; dieselben werden wahrscheinlich auch Kroatien und Siebenbürgen besuchen. — Die öffentliche Verhandlung im Prozesse gegen den Fürsten Karageorgewitsch findet am 8. Februar statt.

Paris, 17. Januar. Die Konferenz hat gestern Nachmittag von 4 bis 6 Uhr Sitzung gehalten und ihre Arbeiten beendet. Die Erledigung der Formalitäten wird noch eine letzte Sitzung erfordern, welche wahrscheinlich morgen Abend stattfindet. Die Erklärung der Mächte wird an Griechenland in der nächsten Woche mitgetheilt werden.

Paris, 16. Januar. Die „France" giebt folgende Analyse der von den Mächten vereinbarten Deklaration. Nachdem die Mächte das türkische Ultimatum und die Antwort Griechenlands einer Prüfung unterzogen, erklären sie, daß die Türkei sich mit Recht über die Bildung von Freiwilligenbanden auf griechischem Gebiete beklage, es sei dies eine offenbare Verletzung des internationalen Rechtes und Griechenland habe die Pflicht — ungeachtet innerer Gesetze — die Vorbereitung von Angriffen gegen einen benachbarten Staat nicht zu gestatten. Zum Mindesten hätte es in seinen Häfen die Ausrüstung von Piratenschiffen verhindern sollen; auch sei es nicht berechtigt gewesen, sich der Rückkehr kretensischer Flüchtlinge, welche heimzukehren wünschten, zu widersetzen. Hinsichtlich dieser drei Punkte wird die Berechtigung der türkischen Forderungen in der Deklaration zugestanden. Was den vierten Punkt anbetrifft, so sei für die Türkei kein Grund mehr vorhanden, an demselben festzuhalten, da sie erkläre, daß sie sich deswegen an die ordentlichen Gerichte wenden wolle. Der fünfte endlich sei in den drei ersten mit einbegriffen. Während jedoch die Türkei sich in Form einer Drohung ausspreche, habe Europa in der Form eines Raths an Griechenland die Aufforderung gerichtet, sein Verhalten dem Völkerrechte gemäß einzurichten. Die Türkei erkläre sich bereit, das Ultimatum zurückzuziehen, wenn Griechenland die Entscheidung der Mächte annehmen würde. Die Mächte nehmen Akt von dieser Entschließung und sprechen die Hoffnung aus, daß Griechenland sich beeilen werde, ihren Beschlüssen beizutreten, die guten Beziehungen zwischen ihm und der Türkei würden dann bald wieder hergestellt sein. — Die „France" fügt hinzu: Wir können nicht voraussehen, ob Griechenland sich weigern werde, dieser Entscheidung Folge zu leisten. Sobald die Deklaration offiziell erlassen ist, wird der Vertreter Griechenlands, Rangabe, darüber dem Kabinet von Athen berichten, dessen Entschließung nicht vor dem Verlaufe von vier oder fünf Tagen in Paris bekannt sein wird.

London, 17. Januar. Einer Mittheilung des „Observer" zufolge hätte der Vertreter Großbritanniens bei der Pariser Konferenz einen Beschluß gegen zwangsweise Durchführung des Konferenzresultats durchgesetzt, weil sonst endlose Verwickelungen zwischen den bei der Konferenz vertretenen Mächten und Griechenland zu besorgen wären.

Madrid, 16. Januar. Bis heute Nachmittag 4 Uhr waren aus den Provinzen 3915 Wahlresultate bekannt, davon fielen auf die monarchische Partei 2995, auf die republikanische 720 und auf die anderen Parteien 200.

Bukarest, 16. Januar. Ungeachtet der sehr lebhaften Opposition der Linken ist das Ministerium autorisirt worden, in das Budget für 1869 den Jahresbetrag aufzunehmen, welcher die Garantie für die Eisenbahn Czernowitz-Jassy für den Fall repräsentirt, daß diese Linie dem Verkehr schon im Jahre 1869 statt im Jahre 1870 übergeben würde.

Konstantinopel, 16. Januar. Ein Telegramm aus Tauris vom 13. d. meldet, daß der türkische Gesandte in Teheran, Riza Bey, in Folge von Mißverständnissen betreffs Ueberschreitungen der persischen Grenze plötzlich nach Konstantinopel gereist ist.

Korfu, 16. Januar. Aus Athen wird vom gestrigen Tage gemeldet, daß die Regierung das Dekret, betreffend die Ausgabe von Papiergeld, zurückgezogen hat. Die Nationalbank in Athen und die jonische Bank haben der Regierung 21 Millionen Drachmen vorgestreckt.

Pommern.

Stettin, 18. Januar. Bei der gestrigen Feier des Krönungs und Ordensfestes haben aus unserer Provinz erhalten:

Den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife und Schwertern am Ringe:

v. Bothmer, Oberst und Kommandeur des 6. pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 49.

Den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife:

v. Borries, Oberst und Kommandeur des 3. pommerschen Infanterie-Regiments Nr. 14; von La Chevallerie, Oberst à la suite des 7. ostpreußischen Infanterie-Regiments Nr. 44 und Kommandant von Colberg; v. Kleist, Oberst à la suite des hessischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 11 und Kommandeur der 2. Artillerie-Brigade; v. Kleist, Landrath a. D. auf Nemitz, Kreis Schlawe.

Den Rothen Adler-Orden vierter Klasse:

Bachsmann, Zahlmeister beim pommerschen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 2; v. Behr, Kammerherr auf Bargatz bei Greifswald; Buchholtz, Kanzleirath zu Stettin; Dr. Freiherr v. Feilitzsch, Professor an der Universität zu Greifswald; v. Freyhold, Major im pommerschen Festungs-Artillerie-Regiment Nr. 2 und Artillerie-Offizier vom Platz in Stettin; Dr. Fürstenberg, Professor, Departements-Thierarzt und Lehrer der Thierheilkunde an der staats- und landwirthschaftlichen Akademie zu Eldena bei Greifswald; v. Harder, Hauptmann a. D. Casselwitz, Kr. Rügen; Dr. Homann, Ober-Stabs- und Regiments-Arzt beim pommerschen Füsilier-Regiment Nr. 34; Kaestner, Kreisgerichts-Direktor zu Stolp; Kornatis, Ober-Lazareth-Inspektor zu Stettin; v. Mach, Major im Stabe des Ingenieur-Korps und Platz-Ingenieur in Colberg; von Massow, Major im Grenadier-Regiment König Friedrich Wilhelm IV. (1. pommerschen) Nr. 2, Mießner, Ober-Post-Direktor zu Cöslin; Ruskow, Domänen-Rentmeister und Forst-Kassenrendant zu Treptow a. d. T.; Scheele, Kreisgerichts-Rath und Deputations-Dirigent zu Pyritz; Schönemann, Regierungs-Rath zu Cöslin; v. Schöning, Landrath zu Pyritz; Schreiner, Appellationsgerichts-Rath zu Cöslin; Schröder, Justizrath, Rechtsanwalt und Notar zu Treptow a. d. Toll.; Schrötter, Telegraphen-Direktor zu Stettin; Seibt, Appellations-Rath zu Stettin; Teschendorff, evangelischer Pfarrer zu Stettin; Dr. Wieseler, Professor an der Universität zu Greifswald; Wißmann, Haupt-Steueramts-Rendant zu Stettin.

Den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse:

Schmelzer, Oberst und Kommandeur des pommerschen Train-Bataillons Nr. 2.

Den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse:

v. Knebel-Döberitz, Major a. D. und Rittergutsbesitzer auf Friedrichsdorf, Kreis Dramburg.

Den Adler der Inhaber des Haus-Ordens von Hohenzollern:

Dornhecker, Kantor und Lehrer an der Stadtschule zu Franzburg.

Das Allgemeine Ehrenzeichen:

Bessel, Wallmeister bei der Fortifikation zu Stettin; Buchholz, Post-Bureaudiener zu Cöslin; Dietzel, Büchsenmacher bei dem Colbergschen Grenadier-Regiment (2. pommerschen) Nr. 9. Fock, berittener Gensdarm zu Werben, Kreis Pyritz. Greunke, Schulze zu Rumbke, Kreis Stolp; Hagemeister, Schulze zu Lohme, Kreis Rügen; Hildebrandt, Förster zu Roderbeck, Kreis Greiffenhagen; Hochrath, Schulze zu Rothenkirchen, Kreis Rügen. Holland, Ober-Telegraphist zu Stettin; Hoppenrath, Post-Packmeister zu Stralsund; Koball, Fuß-Gendarm zu Callies, Kreis Dramburg; Krüger, Sergeant in der Hafen-Gendamerie zu Swinemünde; Kunz, berittener Gendarm zu Treptow a. R.; Lange, Ober-Wachtmeister zu Cöslin; Lockstaedt, Lokomotivführer bei der Berlin-Stettiner Eisenbahn zu Stargard in Pommern; Mahler, Privatförster zu Pinnow, Kreis Greifswald; Rossow, Fuß-Gendarm zu Alt-Damm, Kreis Randow; Schmidt, Feldwebel im 1. Bataillon (Neustadt) 8. pommerschen Landwehr-Regiments Nr. 61; Schuchardt, Wachtmeister im pommerschen Husaren-Regiment (Blüchersche Husaren) Nr. 5; Schulz, Feldwebel im 3. pommerschen Infanterie-Regiment Nr. 14; Schwebs, Wallmeister bei der Fortifikation zu Stettin; Sydow, Wachtmeister im 2. pommerschen Ulanen-Regiment Nr. 9; Tetzlaff, Sergeant in der Hafen-Gendarmerie zu Swinemünde; Werner, Briefträger zu Stettin; Wilcke, Werkmeister beim Marinedepot zu Stralsund; Wingert, Genzaufseher zu Garz auf Rügen; Witt, Küster und Lehrer zu Semlow, Kreis Franzburg.

— Se. Maj. der König hat genehmigt, daß in Zukunft auch aus der Kavallerie und Artillerie die höchsten Kommandostellen in der Armee besetzt werden, während bisher nur Infanterie-Generale zu diesen Stellen zugelassen wurden. Grund zu dieser Maßregel hat die Erfahrung gegeben, daß die Verwendung der Artillerie und Kavallerie, wegen mangelhafter Bekanntschaft der Divisions- und Korps-Kommandeure mit dem eigenartigen Wesen und den Voraussetzungen des richtigen Eingreifens dieser Truppengattungen, bei den großen taktischen Bewegungen und entscheidenden Aktionen Vieles zu wünschen übrig ließ.

— Bei sämmtlichen Telegraphen-Stationen ist mit dem 1. Januar d. J. die Einrichtung getroffen, daß dem Empfänger einer Depesche, deren Rückantwort bezahlt ist, die für diese Rückantwort erstattete Gebühr beim Empfange der Depesche in baarem Geld ausbezahlt wird. Hält der Empfänger einer solchen Depesche es nicht für nöthig, Rückantwort zu geben, so ist ihm oder dem Absender der Depesche die für letztere bezahlte Gebühr auf diese Art nicht, wie früher, verloren.

— In Folge des seit Sonnabend eingetretenen Frostwetters ist die Oder, selbst innerhalb der Stadt, fast vollständig mit Eis belegt und die Schiffahrt, welche bis dahin noch ununterbrochen im Gange war, vorläufig wieder als geschlossen zu betrachten. Ein gestern abgegangener größerer Dampfer ist des Eises wegen nur bis Züllchow gegangen und hat dort einstweilen festgemacht.

** **Gollnow**, 16. Januar. Nur einen Beleg zu dem, was ich Ihnen früher von den hiesigen Armen mittheilte, will ich heute beibringen. Es wohnt hier ein Arbeitsmann K., welcher seinen Titel aber nicht vom Arbeiten, sondern vom Nicht-Arbeiten hat. Derselbe ist glücklicher Familienvater von sieben Kindern und befindet sich fast täglich in angeheiterter Stimmung, da seine sämmtlichen Sprößlinge die ganze Umgegend durchstreifen und ihm Bettelbrot und Anderes zutragen. Ganze Säcke voll Brot und Kartoffeln vertauscht er bei einem Gastwirth, welcher seine Pferde damit futtert, für Branntwein. Mit diesem Getränke sucht er seine täglichen Sorgen zu verscheuchen. Von dem übrigen Erbettelten leben die Familie und etliche Schweine, welche letztere davon fett gemacht und verkauft werden. Bringen die Kinder des Abends von ihren Bettelgängen nicht genug heim, so fühlt sich der Vater gedrungen, sich die erste saure Motion des Tages auf dem Rücken seiner Kinder zu machen. Deshalb sind diese Kinder auch besonders zudringlich bei dem Betteln. Es ist vorgekommen, daß sie zuerst an die Vorderthür anklopften, und nachdem sie dort eine Gabe empfangen, auch an der Hinterthür die Barmherzigkeit in Anspruch nahmen. Gegen die Landleute stellen sie sich beim Betteln anfangs sehr bescheiden. „Liebste Frau, nur eine Kürste Brot auf die große Kuhse!" das ist ihre stehende Redensart; sie weichen aber nicht, wenn an der Kürste nicht zugleich auch ordentliche Krume sitzt. Ein Arbeiterfrau in H. wollte den beiden ältesten Jungen, welche schon eingesegnet sind, einmal nichts verabreichen. Da drohte aber der Eine von ihnen, er würde sie erstechen, wenn sie ihnen nicht sofort etwas gäbe; und da die Frau nur allein war, so mußte sie nur schnell gute Miene zum bösen Spiele machen. Man hat diese und andere Betteljungen auch schon auf den Pappeln an der Chaussee gesehen, wie sie sich mit Bettelbrot und Kartoffeln warfen. Für die Landbewohner sind diese Vagabonden die größte Plage, und Jeder giebt ihnen, damit sie nur abziehen und nicht gar aus Rache ihnen das Haus über dem Kopfe anstecken.

⊙ **Pyritz**, 16. Januar. Das vorwiegendste Interesse in hiesiger Stadt bietet jetzt die in der Entwickelung begriffene Eisenbahn-Angelegenheit. Nachdem die Bahnstrecke selbst bereits vermessen und abgesteckt ist, handelt es sich noch um die Bestimmung der Lage des hiesigen Bahnhofes. Nach dieser Richtung hin ist gestern vom Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung der Beschluß gefaßt worden, der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft als Beitrag der Stadt Pyritz zur Erwerbung des für Bahnhof und Bahnkörper innerhalb der städtischen Feldmark erforderlichen Grund und Bodens die Summe von 20,000 Thlrn. unter der Bedingung zu gewähren, daß der Bahnhof innerhalb einer achtel Meile vom Mittelpunkte der Stadt angelegt wird. Voraussichtlich wird diese Offerte, die zwar ein erhebliches Opfer Seitens der Kommune erfordert, aber auch nach den eingezogenen Erkundigungen die Anerbietungen anderer betheiligter Städte verhaltnißmäßig bedeutend übertrifft, von der Eisenbahn-Gesellschaft gern acceptirt werden. — An Stelle des verstorbenen Hotelbesitzers Casten ist am 11. d. Mts. von der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung der Apotheker Bensel zum Mitgliede der Schul-Deputation gewählt worden. Denselben Herrn hat auch vor Kurzem der Magistrat zum Mitgliede des Gymnasial-Kuratoriums erwählt und ist seine Bestätigung für beide Aemter wohl nicht zweifelhaft. — Für das laufende Jahr ist der Kaufmann R. Jungklauß zum Stadtverordneten-Vorsteher und der Brauereibesitzer Bergemann zu dessen Stellvertreter von der Stadtverordneten-Versammlung in der Sitzung vom 11. d. M. wiedergewählt.

†† **Demmin**, 16. Januar. In dem Hause des Gymnasiallehrer Pehl hierselbst entstand gestern Abend in der 7. Stunde auf dem Korridor der in der Dachetage dieses Hauses belegenen Wohnungen auf eine ganz unaufgeklärte Art Feuer, welches, wenn dasselbe zur Nachtzeit ausgekommen wäre, jedenfalls große Dimensionen angenommen und möglicherweise mehrere Menschenleben gekostet hätte, da durch dasselbe der Ausgang der zu Schlafstuben benutzten Zimmer abgeschnitten wurde. Durch rechtzeitiges Hinzukommen wurde dem Umsichgreifen der Flammen indeß Einhalt gethan und größerer Schaden verhütet. Verbrannt sind eine Partie Waschkörbe, von denen angeblich zwei mit Wäsche und Garderobestücken gefüllt waren. In diesen scheint sich das Feuer entwickelt zu haben. Fußboden, Decke und Balken der gedachten Räumlichkeit, sowie ein daselbst stehendes Kleiderspind standen bereits in vollen Flammen, als der Feuerschein vom Hofe aus wahrgenommen wurde.

Vermischtes.

— (Eine menschenfreundliche Redaktion.) Ein Korrespondent der Agramer Zeitung aus Costainica berichtet eine Reihe trauriger Ereignisse, deren Schauplatz jene Stadt während der Feiertage war, und fügt bei, daß er ähnliche Vorfälle öfter mittheilen könnte, wozu die Redaktion die Bemerkung macht: „Werden uns stets willkommen sein."

Börsen-Berichte.

Stettin, 18 Januar. Witterung: schöne, klare Luft. Wind SO. Temperatur — 3, Nachts — 9° R.

An der Börse.

Weizen fester, pr. 2125 Pfd loco ungar. geringer 59—61 Rt, besserer 62—62½ Rt, feiner 64—65 Rt, gelber inländ 69—71½ Rt, bunter poln 68—70 Rt, weißer 73—74 Rt 83—85pfd. Januar 70 Rt nom., Frühjahr 70, 69½, 69¾, 70 Rt bez. u. Br., Mai-Juni 70½ Rt Br.

Roggen fest, loco per 2000 Pfd. 52½—53 Rt bez., pr. Januar 52¼ Rt Gd., Frühjahr 52½, ¾, 53 Rt bez., 52¾ bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 53¼, ½ Rt bez., Juni-Juli 54 Rt bez.

Gerste schwer verkäuflich, pr. 1750 Pfd. loco ungar. ger. 42½—43 Rt, bessere 44—45 Rt Br., feine 48 bis 49 Rt Br., schlesischer 69—70pfd. Frühjahr 49 Rt Br.

Hafer unverändert, pr. 1300 Pfd loco 34—35 Rt, 47—50pfd. Frühjahr 35 Rt Gd., 35¼ Br., Mai-Juni 35½ Br.

Erbsen flauer, pr. 2250 Pfd. loco Futter- 56 bis 57 Rt, Koch- 57¼—58 Rt, Frühj. Futter- 57½ Br.

Mais 65 Sgr Br.

Rüböl fest, loco 9 7/12 Rt Br., Januar 9 Rt Br., Febr.-März 9 11/24 Rt bez. u. Gd., 9½ Br., April-Mai 9¾, 17/24, ¾ Rt bez., September-Oktober 10 Rt bez.

Spiritus matt, loco ohne Faß 15⅜ Rt bez., per Januar-Februar 15⅓ Rt Br., 7/24 Rt bez, Frühj. 15⅝ Rt Br., Juni-Juli 16¼ Rt Br.

Angemeldet: 10,000 Qrt. Spiritus. 100 Centr. Rüböl.

Regulirungspreise: Weizen 70, Roggen 52¾, Rüböl 9½, Spiritus 15½

Stettin, den 18. Januar.

Hamburg	6 Tag.	150⅞ bz
"	2 Mt.	15 11/12 B
Amsterdam	3 Tag.	142⅛ G
"	2 Mt.	—
London	10Tag.	6 24⅝ bz
"	3 Mt.	6 23⅓ B
Paris	10 Tg.	—
"	2 Mt.	80⅚ B
Bremen	3 Mt.	—
St. Petersbg.	3 Wch.	—
Wien	8 Tag.	—
"	2 Mt.	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %
Sts.-Anl. 5457	4½	—
" "	5	—
St.-Schldsch.	3½	—
P. Präm.-Anl.	3½	—
Pomm. Pfdbr.	3½	—
" "	4	—
" Rentenb.	4	—
Ritt. P.P.B.A.	4	—
Berl.-St. E. A.	4	—
" Prior.	4	—
" "	4½	—
Starg.-P. E. A.	4½	—
" Prior.	4	—
St. Stadt-O.	4½	92½ B
St. Börsenhaus-O.	4	—
St. Schauspielh.-O.	5	—
Pom. Chausseeb.-O.	5	102 B
Greifenhag. Kreis-O.	5	—
Pr. National-V.-A.	4	115 B
Pr. See-Assecuranz	4	—
Pomerania	4	120 B
Union	4	109 B
St. Speicher-A.	5	—
Ver.-Speicher-A.	5	—
Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
N. St. Zuckersied.	4	160 B
Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Bredower "	4	—
Walzmühle	5	—
St. Portl.-Cementf.	4	—
St. Dampfschlepp G.	5	—
St. Dampfschiff-V.	5	—
Neue Dampfer-C.	4	96 B
Germania		101½ B
Vulkan		140 B
St. Dampfmühle	4	110 B
Pommerensd. Ch. F.	4	205 B
Chem. Fabrik-Ant.	4	—
St. Kraftdünger-F.	—	—
Gemeinn. Bauges.	5	100 B
Grabow Stadt-Obl.	5	—